



Felix Schreiner
Mitglied des Deutschen Bundestages



Sabine Hartmann-Müller
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Pressemitteilung

CDU-Abgeordnete Schreiner und Hartmann-Müller fordern Land auf, Testpflicht für Außengastronomie einzustellen!

Die CDU-Abgeordneten Felix Schreiner und Sabine Hartmann-Müller wenden sich mit einem Schreiben an Sozialminister Manfred Lucha. Die beiden Unionspolitiker fordern die Aufhebung der Testpflicht für die Außengastronomie.

Waldshut-Tiengen, 01.06.2021

Felix Schreiner, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227 72065
Telefax: +49 30 227 70066
felix.schreiner@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Hauptstraße 18
79761 Waldshut-Tiengen
Telefon: +49 7741 835 4490
Telefax: +49 7741 835 4495
felix.schreiner@bundestag.de

Sabine Hartmann-Müller, MdL

Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 12
Telefon: +49 711 2063 961
post@hartmann-mueller.de

Wahlkreisbüro
Hauptstraße 18
79761 Waldshut-Tiengen
Telefon: +49 7741 835 2605
Fax: +49 7741 835 2631
post@hartmann-mueller.de

Nachdem seit einigen Tagen die Gastronomie unter bestimmten Voraussetzungen wieder öffnen konnte und erste Erkenntnisse vorliegen, fordern der Bundestagsabgeordnete Felix Schreiner und die Landtagsabgeordnete Sabine Hartmann-Müller (beide CDU), die Testpflicht für den außergastronomischen Bereich durch das Land Baden-Württemberg aufzuheben.

In einem gemeinsamen Schreiben wandten sich die Abgeordneten an den Sozialminister des Landes Baden-Württemberg, Manfred Lucha. Darin begrüßen Felix Schreiner und Sabine Hartmann-Müller den Mut der Landesregierung, die Corona-Verordnung des Landes Baden-Württemberg dahingehend anzupassen, dass gastronomische Betriebe wieder öffnen und Gäste bewirten können. Öffnungsschritte, verbunden mit einem klaren Perspektivplan, seien unter anderem in den Bereichen Freizeit, Tourismus und Gastronomie mehr als gerechtfertigt, nachdem die Inzidenzen in weiten Teilen des Landes kontinuierlich sinken würden.

Gleichzeitig machen Felix Schreiner und Sabine Hartmann-Müller darauf aufmerksam, dass weitere Schritte notwendigen seien und erneut mutige Entscheidungen getroffen werden sollten. Nach einigen Tagen der Öffnung sei zu erkennen, dass die Gäste in den Restaurants gerade in den ländlich strukturierten Gegenden ausblieben. Nach einer Vielzahl an Rücksprachen, die die beiden CDU-Politiker mit Gastronomen in der Region in den letzten Tagen geführt hätten, seien die Einlasskontrollen offensichtlich ein Problem. Die Besucher blieben aus, da die Hürde eines Nachweises des negativen Tests innerhalb von 24 Stunden ein Hindernis sei. Die beiden Abgeordneten fordern, dass das Land Baden-Württemberg die Corona-Verordnung erneut ändern müsse. „Jedenfalls für die Außengastronomie muss die Testpflicht entfallen“, heißt es in dem Schreiben an den Sozialminister.

In der Begründung führen Felix Schreiner und Sabine Hartmann-Müller an, dass es wichtig sei, der Gastronomie einen Anschub nach der langen Corona-bedingten Schließung zu ermöglichen. Es gelte, die Strukturen zu erhalten und die Betriebe zu unterstützen. Die lange Leidenszeit dürfe nicht künstlich verlängert werden. Aus wissenschaftlichen Studien wisse man, dass die gefährlichen Aerosole in der Luft draußen weniger bis kaum ansteckend seien. Der Rückgang der Inzidenzzahlen zeige, dass die Bevölkerung die Abstand- und Hygieneregeln einhielte. „Nicht zu vergessen sind die weichen Faktoren, die die Betriebe umtreiben. Viele Mitarbeiter sind in andere Branchen gewechselt. Den Inhabern der Betriebe jetzt noch Kontrollen aufzubürden, halten wir für nicht mehr gerechtfertigt“, so die Abgeordneten.

Die Betriebe wüssten um ihre Verantwortung. Bei weniger zur Verfügung stehenden Sitzplätzen aufgrund der Abstandsregeln kämen viele Restaurants jedoch an ihre wirtschaftliche Grenze und seien auf Gäste angewiesen. Die Hürde einer Testung müsse daher für den Außenbereich entfallen, damit auch kurzentschlossene Gäste sowie Tagestouristen spontan einkehren könnten.

Die CDU-Politiker appellieren an die Landesregierung schnell aktiv zu werden. Der Blick in den Freistaat Bayern zeige, dass die dort geltenden Regelungen funktionieren würden. „Nehmen Sie Bayern zum Vorbild, seien Sie mutig und ändern Sie die Corona-Verordnung. Unsere Gastronomie ist schützenswert und leistet seit Beginn der pandemischen Lage im März 2020 hervorragende Arbeit, die von der Politik honoriert werden muss“, so die beiden Abgeordneten abschließend.